Deutscher Bundestag **Drucksache 19/2629**

19. Wahlperiode 11.06.2018

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen

A. Problem und Ziel

Doppelbesteuerungen stellen bei grenzüberschreitender wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis dar. Dies gilt insbesondere für den internationalen Verkehr. Durch das vorliegende Abkommen sollen derartige steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Gebiet der Luftfahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun abgebaut werden. Deutsches Hauptziel ist dabei, dass im internationalen Verkehr tätige deutsche Luftfahrtunternehmen Einkünfte und Vermögen ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland besteuern. Dieses Abkommen enthält die dafür notwendigen Regelungen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

juris Lex QS
19052024 ()

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine Auswirkungen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Das Abkommen hat keine messbaren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entstehen durch das Abkommen keine messbaren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch das Abkommen kommt es weder beim Bund noch bei den Steuerverwaltungen der Länder zu einer messbaren Änderung des Erfüllungsaufwands.

F. Weitere Kosten

Unternehmen, insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen, entstehen durch das Abkommen keine unmittelbaren direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten.

juris Lex QS
19052024 ()

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 11. Juni 2018

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 968. Sitzung am 8. Juni 2018 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

juris Lex QS
19052024 ()

juris Lex QS
19052024 ()

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 24. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Jaunde am 24. August 2017 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 6 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

juris Lex QS
19052024 ()

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 2, 3 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht. Die Zustimmung des Bundesrates ist zudem nach Artikel 108 Absatz 5 des Grundgesetzes erforderlich, da Regelungen über Verwaltungsverfahren im Abkommen auch von den Ländern zu beachten sind.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 6 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Positiv hervorzuheben ist, dass die durch das Abkommen vom 24. August 2017 vorgesehene ausschließliche Besteuerung deutscher Luftfahrtunternehmen in Deutschland dazu führt, dass künftig in Kamerun auf entsprechende Einkünfte und Vermögen deutscher Luftfahrtunternehmen keine kamerunische Steuer erhoben werden kann. Ohne die Regelungen des Abkommens kann kamerunische Steuer auf Einkünfte und Vermögen deutscher Luftfahrtunternehmen erhoben werden, die dann auf die deutsche Steuer anzurechnen wäre.

Unternehmen, insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Das Vorhaben entspricht einer nachhaltigen Entwicklung, indem steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Kamerun abgebaut werden und somit das Steueraufkommen des Gesamtstaates gesichert wird. Eine Nachhaltigkeitsrelevanz bezüglich anderer Indikatoren ist nicht gegeben.

juris Lex QS
19052024 ()

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen

Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la République du Cameroun en vue d'éviter la double imposition des entreprises de transport aérien en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune

Convention between the Federal Republic of Germany and the Republic of Cameroon for the Avoidance of Double Taxation of Air Transport Companies with respect to Taxes on Income and Capital

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Kamerun –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abschluss eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen zu fördern und zu stärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Unternehmen, die Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreiben und in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich

La République Fédérale d'Allemagne

et

la République du Cameroun –

désireux de promouvoir et de renforcer leurs relations économiques par la conclusion d'une convention en vue d'éviter les doubles impositions des entreprises de transport aérien en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune –

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Personnes visées

La présente Convention s'applique aux entreprises qui exploitent des aéronefs en trafic international et sont des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

Article 2

Impôts visés

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte d'un État contractant, de l'un de ses Länder ou de l'une de ses subdivisions politiques ou de leurs collectivités locales, quel que soit le système de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune, les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of Cameroon –,

Desiring to promote and reinforce their economic ties by concluding a Convention for the avoidance of double taxation of air transport enterprises with respect to taxes on income and capital –,

Have agreed as follows:

Article 1

Persons covered

This Convention shall apply to enterprises which operate aircraft in international traffic and are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes covered

1. This Convention shall apply to taxes on income and capital imposed on behalf of a Contracting State, one of its Länder or one of their political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or

juris Lex QS
19052024 ()

der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens und der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere:

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

   i. die Einkommensteuer,

   ii. die Körperschaftsteuer,

   iii. die Gewerbesteuer und

   iv. die Vermögensteuer,

   einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge;

b) in der Republik Kamerun:

   i. die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen, einschließlich des Steuerzuschlags der Gemeinden (centimes additionnels) und

   ii. die Körperschaftsteuer bzw. die pauschale Mindestkörperschaftsteuer, einschließlich des Steuerzuschlags der Gemeinden (centimes additionnels).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die von einem der Vertragsstaaten nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers et les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts actuels auxquels s'applique la Convention sont notamment:

a) en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne:

   i. l'impôt sur le revenu (Einkommensteuer);

   ii. l'impôt sur les sociétés (Körperschaftsteuer);

   iii. l'impôt commercial (Gewerbesteuer) et

   iv. l'impôt sur la fortune (Vermögensteuer);

   y compris les surtaxes perçues sur ces impôts;

b) en ce qui concerne la République du Cameroun:

   i. l'impôt sur le Revenu des Personnes physiques, y compris les centimes additionnels et

   ii. l'impôt sur les sociétés ou l'impôt minimum forfaitaire sur les sociétés, y compris les centimes additionnels;

4. La présente Convention s'applique aussi aux impôts identiques ou analogues qui seraient établis par l'un des États contractants après la date de signature de la Convention et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des États contractants se communiquent les modifications significatives apportées à leurs législations fiscales respectives.

immovable property, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in the Federal Republic of Germany:

   i. the income tax (Einkommensteuer);

   ii. the corporate income tax (Körperschaftsteuer);

   iii. the trade tax (Gewerbesteuer) and

   iv. the capital tax (Vermögensteuer);

   including the supplements levied thereon;

b) in the Republic of Cameroon:

   i. the tax on the income of individuals, including surcharges of the local authorities (centimes additionnels) and

   ii. the corporate income tax or the minimum corporate income tax, including surcharges of the local authorities (centimes additionnels).

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed by one of the Contracting States after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland" das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zweck der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;

b) bedeutet der Ausdruck „Republik Kamerun" das Hoheitsgebiet der Republik Kamerun, einschließlich des Küstenmeeres und der Gebiete außerhalb der Hoheitsgewässer der Republik Kamerun, in denen die Republik Kamerun in

Article 3

Définitions générales

1. Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente,

a) le terme «République Fédérale d'Allemagne» désigne le territoire de la République Fédérale d'Allemagne ainsi que la zone des fonds marins, de leur sous-sol et des eaux surjacentes, adjacente à la mer territoriale, pour autant que la République Fédérale d'Allemagne, conformément au droit international et à sa législation interne, y exerce des droits souverains et sa juridiction aux fins de l'exploration, de l'exploitation, de la conservation et de la gestion des ressources naturelles vivantes et non vivantes;

b) le terme «République du Cameroun» désigne le territoire de la République du Cameroun y compris la mer territoriale et au delà de celle-ci les zones situées hors des eaux territoriales de la République du Cameroun sur lesquelles en

Article 3

General definitions

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

a) the term "Federal Republic of Germany" means the territory of the Federal Republic of Germany, as well as the areas of the sea-bed, its subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, insofar as the Federal Republic of Germany exercises there sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;

b) the term "Republic of Cameroon" means the territory of the Republic of Cameroon including the territorial sea and the areas outside the territorial waters of the Republic of Cameroon in which, the Republic of Cameroon, in accordance

juris Lex QS
19052024 ()

Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte zum Zweck der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule ausübt;

conformité avec le droit international, la République du Cameroun a des droits souverains aux fins d'exploitation des ressources naturelles des fonds marins, de leur sous sol et des eaux surjacentes;

with international law, exercises there sovereign rights for the purposes of exploiting the natural resources of the seabed, the subsoil and superjacent water column;

c) bedeutet der Ausdruck „ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Kamerun;

c) les expressions «un État contractant» et «l'autre État contractant» désignent, suivant le contexte, la République Fédérale d'Allemagne ou la République du Cameroun;

c) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or the Republic of Cameroon as the context requires;

d) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde":

i. in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat,

ii. in der Republik Kamerun der für Finanzen zuständige Minister oder dessen gehörig befugter Vertreter;

d) l'expression «autorité compétente» signifie:

i. en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne, le Ministère Fédéral des Finances ou l'autorité à laquelle il a délégué ses pouvoirs;

ii. en ce qui concerne la République du Cameroun, le Ministre en charge des finances ou son représentant dûment mandaté ou habilité;

d) the term "competent authority" means:

i. in the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its powers;

ii. in the Republic of Cameroon, the Minister in charge of Finance or an authorized representative of the Minister;

e) bedeutet der Ausdruck „Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

e) le terme «personne» désigne les personnes physiques ou les sociétés et tous autres groupements de personnes;

e) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;

f) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) le terme «société» désigne toute personne morale ou toute entité qui est considérée comme une personne morale aux fins d'imposition;

f) the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;

g) bedeutet der Ausdruck „ansässige Person eines Vertragsstaats" jede Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist;

g) l'expression «résident d'un État contractant» désigne toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, est assujettie à l'impôt dans cet État, en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue;

g) the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature;

h) bedeutet der Ausdruck „Unternehmen eines Vertragsstaats" ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

h) l'expression «entreprise d'un État contractant» désigne une entreprise exploitée par un résident d'un État contractant;

h) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

i) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben.

i) l'expression «trafic international» désigne tout transport effectué par un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un État contractant, sauf lorsque l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant;

i) the term "international traffic" means any transport by an aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the aircraft is operated solely between places in the other Contracting State.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

2. Pour l'application de la Convention à un moment donné par un État contractant, tout terme ou expression qui n'y est pas défini a, sauf si le contexte exige une interprétation différente, le sens que lui attribue, à ce moment, le droit de cet État concernant les impôts auxquels s'applique la Convention, le sens attribué à ce terme ou expression par le droit fiscal de cet État prévalant sur le sens que lui attribuent les autres branches du droit de cet État.

2. As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purpose of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Artikel 4

Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr kön-

Article 4

Navigation aérienne

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un État contractant provenant de l'exploitation, d'aéronefs en trafic international ne sont

Article 4

Air transport

1. Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of aircraft in international traffic shall be taxable only in the

juris Lex QS
19052024 ()

nen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Luftfahrzeugen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(5) Für Zwecke dieses Artikels beinhaltet der Begriff „Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“:

a) Einkünfte oder Bruttoerträge aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen für die Beförderung von Personen, Tieren, Gütern, Post oder Waren,

b) Gewinne aus der Vercharterung von vollständig ausgerüsteten oder leeren Luftfahrzeugen,

c) Gewinne aus der Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die der Beförderung von Containern dienen). Standgebühren, die bei verspäteter Abholung von Containern erhoben werden, gelten jedoch nicht als Gewinne aus internationalem Verkehr.

d) Zinsen aus unmittelbar mit dem Betrieb zusammenhängenden Guthaben.

imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

2. La fortune constituée par les aéronefs exploités par une entreprise d'un État contractant en trafic international, ainsi que par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces aéronefs n'est imposable que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

3. Les gains provenant de l'aliénation d'aéronefs exploités par une entreprise d'un État contractant en trafic international, ainsi que de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces aéronefs, ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

5. Aux fins du présent article, l'expression «bénéfices d'une entreprise d'un État contractant provenant de l'exploitation d'aéronefs en trafic international» comprend:

a) les revenus et les produits bruts provenant de l'exploitation d'aéronefs pour le transport de personnes, d'animaux, de biens, d'envois postaux ou de marchandises,

b) les bénéfices provenant de la location d'aéronefs complètement équipés ou coque nue,

c) les bénéfices provenant de l'usage ou de la location de conteneurs (y compris les trailers et équipements servant au transport des conteneurs). Toutefois, les redevances d'immobilisation pour le retour tardif des conteneurs ne sont pas assimilables aux bénéfices tirés du trafic international,

d) les intérêts provenant d'avoirs liés directement à l'exploitation.

Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. Capital represented by aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State as well as movable property pertaining to the operation of such aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

3. Gains from the alienation of aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State or movable property pertaining to the operation of such aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

5. For the purposes of this Article, the term “profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of aircraft in international traffic” shall mean:

a) income and gross proceeds from the operation of aircraft for the transportation of persons, livestock, goods, mail or merchandise;

b) profits from the lease on charter of fully equipped or bare aircrafts;

c) profits from the use or rental of containers (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers). Charges for the late return of containers shall not, however, be deemed to be profits from international traffic;

d) interest from assets directly linked to the operation.

Artikel 5

Verständigungsverfahren

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, durch Konsultation zu beseitigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung unmittelbar miteinander verkehren.

Article 5

Procédure amiable

Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent, par voie de consultation, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de la Convention. Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer entre elles directement, en vue de parvenir à un accord.

Article 5

Mutual Agreement Procedure

The competent authorities of the Contracting States shall endeavor to resolve by mutual agreement, any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement.

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

Article 6

Entrée en vigueur

1. La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Berlin aussitôt que possible.

Article 6

Entry into force

1. This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Berlin as soon as possible.

juris Lex QS
19052024 ()

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden:

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 7

Kündigung

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Jeder der Vertragsstaaten kann bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Kündigungsjahr folgt;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung des Kündigungstermins ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Jaunde am 24. August 2017 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des englischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

2. La Convention entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification et s'appliquera dans chacun des États contractants,

a) en ce qui concerne les impôts perçus par voie de retenue à la source, aux sommes mises en paiement le 1er janvier ou après le 1er janvier de l'année civile qui suit l'année au cours de laquelle la convention est entrée en vigueur;

b) en ce qui concerne les autres impôts, à ceux perçus pour des périodes débutant le 1er janvier de l'année civile qui suit l'année au cours de laquelle la convention est entrée en vigueur.

Article 7

Dénonciation

1. Cette Convention restera en vigueur pour une durée indéterminée.

2. Chacun des deux États contractants peut dénoncer la Convention à l'autre État contractant, par écrit et par la voie diplomatique, jusqu'au 30 juin inclus de toute année civile après expiration d'une période de cinq ans à compter de son entrée en vigueur. Dans ce cas, la convention cessera d'être applicable:

a) en ce qui concerne les impôts perçus par voie de retenue à la source, aux sommes mises en paiement le 1er janvier ou après le 1er janvier de l'année civile qui suit l'année de la dénonciation;

b) en ce qui concerne les autres impôts, à ceux perçus pour des périodes débutant le 1er janvier de l'année civile qui suit l'année de la dénonciation.

La date à prendre en compte pour la dénonciation sera la date de réception de la notification par l'autre État contractant.

Fait à Yaoundé, le 24 août 2017 en double exemplaire en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergence d'interprétation entre le texte en langue allemande et le texte en langue anglaise, le texte en langue française prévaudra.

2. This Convention shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States,

a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which this Convention enters into force;

b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which this Convention enters into force.

Article 7

Termination

1. This Convention shall remain in force for an indefinite period.

2. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination to the other Contracting State on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force. In such event, the Convention shall cease to have effect:

a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which the notice of termination is given;

b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which the notice of termination is given.

The date to be taken into account for the termination shall be the date of receipt of the notice by the other Contracting State.

Done at Yaounde, on 24th August 2017, in duplicate, in the German, English and French languages, each text being authentic. In case of divergent interpretations of the German and English texts, the French text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République Fédérale d'Allemagne
For the Federal Republic of Germany

Dr. Hans-Dieter Stell

Für die Republik Kamerun
Pour la République du Cameroun
For the Republic of Cameroon

Alamine Ousmane Mey

juris Lex QS
19052024 ()

Denkschrift

I. Allgemeines

Das in Jaunde am 24. August 2017 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen entspricht weitgehend den einschlägigen Bestimmungen des OECD-Musterabkommens. Ziel des Abkommens ist es, entsprechend den Regelungen im OECD-Musterabkommen, Luftfahrtunternehmen der beiden Vertragsstaaten zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung nur in dem Vertragsstaat zu besteuern, in dem das Luftfahrtunternehmen seine tatsächliche Geschäftsleitung hat und im anderen Vertragsstaat freizustellen.

Dem OECD-Musterabkommen weitgehend folgend, regeln die Artikel 1 bis 3 den Geltungsbereich sowie die für die Anwendung des Abkommens notwendigen allgemeinen Begriffsbestimmungen. Artikel 4 weist die Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkunftsarten und das Besteuerungsrecht für das Vermögen zu. Die Artikel 5 bis 7 regeln die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (subjektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die in den Geltungsbereich des Abkommens fallenden Steuern.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Begriffsbestimmungen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind.

Absatz 2 enthält die übliche Regel, dass im Abkommen nicht bestimmte Begriffe entsprechend dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht zu.

Nach Absatz 1 dürfen dabei Gewinne, nach Absatz 2 das Vermögen und nach Absatz 3 Veräußerungsgewinne jeweils aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das die Luftfahrzeuge betreibt.

Absatz 4 stellt klar, dass die Regelung des Absatzes 1 auch bei Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle gilt.

Absatz 5 stellt klar, dass zu dem Begriff „Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ auch Einkünfte aus

– Beförderungsleistungen (Buchstabe a),
– der Vercharterung von leeren Luftfahrzeugen (Buchstabe b),
– der Nutzung oder Vermietung von Containern (Buchstabe c) sowie
– Zinserträgen aus betrieblichen Guthaben (Buchstabe d)

gehören können.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel sieht vor, dass die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung des Abkommens durch gegenseitige Konsultation beseitigen. Hierzu können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander verkehren.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 das Inkrafttreten durch Ratifikation und in Absatz 2 den Anwendungsbeginn des Abkommens. Hiernach tritt das Abkommen am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauffolgenden Jahres anzuwenden sein.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über die Kündigungsmöglichkeit und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333

juris Lex QS
19052024 ()